

WESER REPORT Bremen. Leitartikel. 16.11.2014

Korol erzeugt irrealer Ängste

Nach der SPD wollen sich GEW und Seniorenvertretung des Abtrünnigen entledigen.

Dr. Martin Korol ist seit verpönte Äußerungen ein Ausgestoßener. Züchtet das linke Spektrum hier einen Märtyrer heran?

Dr. Martin Korol, bis vor einem Jahr geachteter Ex-Studienrat, Sozialdemokrat, Gewerkschafter, gesellschaftlich engagierter Mensch, ist seit der Veröffentlichung von Texten über Sinti und Roma (die übrigens keinen Staatsanwalt in Marsch gesetzt haben) von Linken und deren Mitläufern zum Aussätzigen erkoren worden. Wie geschädigt einige Politiker, leider auch Journalisten, und Menschen in Bremen sind, kann man an der Art der Treibjagd auf den älteren Herrn ablesen. Erst entledigte sich die SPD ihres unbequemen Mitgliedes, das unerhörterweise eine andere als die offizielle SPD-Meinung zur Besetzung des Bürgerschaftsdirektors vertreten hatte. Nun folgt die GEW, die sich darüber empört, dass ihr Mitglied nach dem SPD-Rauswurf zu den „Bürgern in Wut“ (BiW) gewechselt ist. Die Begründung der GEW-Oberen hat lächerliche Züge. Die BiW propagierten Inhalte, „die den Zielen der GEW widersprechen: beispielsweise die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, ... die Ablehnung der Inklusion, ... die Rückkehr zum gegliederten differenzierten Schulsystem, ...“ Welche Angst muss die GEW vor einem 70-jährigen Mann haben, dass er für solche Gedanken aus der Gewerkschaft rausgeworfen werden soll?

Zur Erinnerung: Die GEW hat in den 70er Jahren gegen Berufsverbote wegen der Zugehörigkeit zur DKP und KPD gekämpft. Noch vor der GEW wollte die bremische Seniorenvertretung (für 145.000 Menschen) Korol loswerden. Dies misslang übrigens, weil einige alte Delegierte den Mumm hatten, die Behandlung des Antrages abzulehnen. Zum Hintergrund: Viele Spitzenpositionen in der Seniorenvertretung sind von Sozis besetzt.

Wie verwirrt politische Geister in dieser schönen Stadt sind, konnte man diese Woche auch im Radio hören. Da ließ Radio Bremen ernsthaft die Frage diskutieren: „Undemokratisch? Darf man mit der Alternative für Deutschland reden?“ Dazu fällt einem nichts mehr ein.

Axel Schuller